



Eurospots

Schlaglichter aus dem Herzen Europas



Liebe Leser,

seit der letzten Ausgabe im April hat sich das politische Karussell weiter heftig gedreht. Der EU-Russland-Gipfel, auf dem die Bundeskanzlerin bewundernswert klare Worte zu Menschen- und Bürgerrechten gefunden hat und natürlich der G8-Gipfel in Heiligendamm haben die Politik der letzten Wochen nicht nur medial bestimmt. Mit der Erklärung zum Klimaschutz und dem 60 Milliarden-Programm für Afrika ist Heiligendamm erfolgreich zu Ende gegangen.

AUS DEM INHALT Ausgabe Juni 2007

- **SONDERBERICHTE zur 13. Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU in Wiesbaden**
- **EU senkt Roaming-Tarife**
- **EU-Russland-Beziehungen**
- **EU Mini Chefs**
- **EU-Brasilien**
- **Haushaltsentwurf 2008**
- **Kinderrechte**

Auch die deutsche Ratspräsidentschaft neigt sich dem Ende zu, wir erwarten alle den spannenden Gipfel Ende Juni zur Zukunft des Verfassungsvertrages....

Uns Hessen steht allerdings zum Ende der deutschen Ratspräsidentschaft noch ein ganz herausragendes Ereignis bevor. Vom 25. bis 28. Juni wird in Wiesbaden die 13. Paritätische Parlamentarische Versammlung AKP-EU tagen. Für mich als Erster Vizepräsident dieses weltweit größten Parlamentariertreffens und hessischen Abgeordneten ist dies natürlich eine ganz besondere Freude. Ein Großteil dieser Ausgabe ist daher auch dieser Veranstaltung gewidmet.

Ich freue mich auf Ihren nächsten Besuch in Brüssel oder Straßburg oder auf ein Zusammentreffen bei uns in Süd- und Westhessen.

Ihr

Was genau ist die Paritätische Parlamentarische Versammlung AKP - EU?

Die AKP ist eine selbständige internationale Organisation, wie die EU, mit 79 Mitgliedstaaten in Afrika, der Karibik und dem Pazifik. Mit diesen ehemaligen Kolonien der heutigen EU-Mitgliedstaaten arbeitet die EU bereits seit fast 50 Jahren im Rahmen der Lomé- und Cotonou-Abkommen auf besonderer Entwicklungspolitischer Ebene zusammen. Die EU versucht ihrer Verantwortung für die nachhaltige Entwicklung der ehemaligen Kolonien durch Entwicklungshilfe, bevorzugten Außenhandel und Unterstützung bei Bildung, Erziehung und Gesundheit nachzukommen. Im Gegenzug haben sich die AKP-Staaten beispielsweise verpflichtet, Demokratie und Menschenrechte zu gewährleisten, Korruption zu bekämpfen und gute Regierungs- und Verwaltungsstandards anzustreben.

Die Paritätische Parlamentarische Versammlung AKP-EU bringt jeweils 79 AKP- und 79 EU-Parlamentarier zusammen, um Fragen von gemeinsamem Interesse, mit Schwerpunkt Entwicklungszusammenarbeit zu debattieren. Sie ist

damit das weltweit größte Parlamentarierforum und das Forum für den Nord-Süd-Dialog. Sie tritt zweimal jährlich als Plenartagung zusammen, einmal in einem AKP-Staat, einmal in der EU.

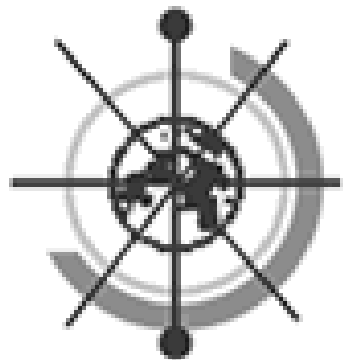
Durch die paritätische, gleichmäßige Besetzung wird dem Partnerschaftsprinzip in der EU-Entwicklungszusammenarbeit Rechnung getragen: Die Zeiten kolonialer Bevormundung sind vorbei, keine Seite kann die andere überstimmen, gesucht wird nach gemeinsamen Lösungen.

Die Versammlung agiert nach gemeinsamen Regeln, die in der Geschäftsordnung festgelegt sind. Das Präsidium setzt sich aus den von der Versammlung gewählten Ko-Präsidenten (je eine(r) aus den EU-Staaten, eine(r) aus den AKP-Staaten) und 24 Vizepräsidenten (12 EU und 12 AKP) zusammen und tagt zusätzlich zweimal im Jahr zwischen den Plenartagungen zu deren Vorbereitung.

Drei ständige Ausschüsse begleiten die Arbeit der Versammlung:

- Ausschuss für wirtschaftliche Entwicklung, Finanz- und Handelsfragen
- Ausschuss für politische Angelegenheiten
- Ausschuss für soziale Angelegenheiten und Umweltfragen

Darüber hinaus entsendet die Versammlung regelmäßig sogenannte „fact-finding missions“ in bestimmte Länder, bei denen die Abgeordneten direkt die Situation vor Ort evaluieren können. Die gemeinsamen Berichte über solche Missionen werden dann der Versammlung vorgelegt.



Warum findet diese Versammlung in Wiesbaden statt?



Die Versammlung tagt zweimal im Jahr, im Frühsommer in einem EU-Land, im Herbst in einem Land Afrikas, der Karibik oder des Pazifiks. Es hat sich mittlerweile eingebürgert, dass die Tagung in Europa im Land der Ratspräsidentschaft stattfindet.

Deshalb konnte auf Initiative des hessischen Europaabgeordneten Michael Gahler und mit Unterstützung der Bundesministerin für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wiecek-Zeul, die Versammlung nach Wiesbaden geholt werden. Dort wird sie vom 25. bis 28. Juni im Kurhaus stattfinden.

Für die Tagung im Rhein-Main-Gebiet war auch die Nähe des Frankfurter Flughafens entscheidend, der für fast alle europäischen und viele der außereuropäischen Teilnehmer direkt erreichbar ist. Darüber

hinaus ist Hessen Sitz der wichtigsten deutschen Einrichtungen der Entwicklungszusammenarbeit, der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) in Eschborn und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in Frankfurt. Beide Institutionen werden sich im Rahmen der Veranstaltung präsentieren.

Dass seit dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens am 1. Januar 2007 der geografische Mittelpunkt der EU in Hessen liegt, wäre allein allerdings kein durchschlagendes Argument gewesen, die Tagung hier abzuhalten...

Welche Bedeutung hat diese Versammlung

Die Parlamentarierversammlung AKP-EU stellt die parlamentarische Dimension der ansonsten regierungsamtlichen Entwicklungszusammenarbeit der Mitgliedstaaten des Cotonou-Abkommens dar: In keinem Gremium sonst kommen Volksvertreter aus über 100 Staaten der Welt zusammen und versuchen, Probleme miteinander und paritätisch besetzt

zu lösen. Im Gegensatz zu Regierungsvertretern, die beispielsweise bei der UN zusammenkommen und immer an die Weisungen ihrer Regierungen gebunden sind, können Parlamentarier freier und kreativer im politischen Miteinander handeln. Schon allein deshalb kommt der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU eine ganz besondere Verantwortung als „Ideenfabrik“

zu. Aufgrund ihrer Zusammensetzung mit insgesamt 106 vertretenen Ländern (zum Vergleich, derzeit zählt die UN 192 Mitgliedstaaten) haben Resolutionen und Beschlüsse vor allem eine politische Bedeutung und Signalstärke.

Der politische Stellenwert der Versammlung spiegelt sich auch in der politisch hochkarätigen Besetzung

während der Tagung in Wiesbaden wider:

Eröffnet wird die Sitzung durch Bundespräsident Horst Köhler am Montag, den 25. Juni 2007. Hierzu anwesend sein werden ebenso der Präsident des Europäischen Parlaments,

Hans-Gert Pöttering, sowie der hessische Ministerpräsident Roland Koch.

Neben den 158 Abgeordneten und zahlreichen Regierungsvertretern aus den Teilnehmerstaaten werden die Bundesentwicklungshilfeministerin Heidemarie Wie-

czorek-Zeul ebenso wie die Präsidentin des Panafrikanischen Parlaments, Gertrud Mongella, der Generaldirektor der Welthandelsorganisation, Pascal Lamy und der für Entwicklungspolitik zuständige Kommissar der EU, Louis Michel, die Tagung inhaltlich begleiten.

Gahler-Cheron-Bericht:

zur Korruptionsbekämpfung bei der Ausbeutung von Bodenschätzen



QUELLE: www.medico-international.de

Einer der Hauptpunkte auf der Tagesordnung wird der „Bericht über verantwortungsvolle Regierungsführung, Transparenz und Verantwortung in Bezug auf die Nutzung der natürlichen Res-

ourcen“ in den AKP-Ländern von Michael Gahler und Evelyne B. Cheron (Haiti) sein. Der Bericht beschäftigt sich also mit der Korruptionsbekämpfung bei der Ausbeutung von Bodenschätzen.

Der Reichtum an Bodenschätzen gibt vielen Entwicklungsländern große wirtschaftliche Chancen. Zeitgleich ist aber auch die Korruption eines der zentralen Probleme in Entwicklungsländern und bedauerlicherweise dafür verantwortlich, dass ein Großteil des Erwirtschafteten nicht dem Allgemeinwohl und der Bevölkerung der jeweiligen Länder zu Gute kommt. Ein Großteil der durch Korruption verlorenen Gelder könnte direkt in die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Länder einwirken. Die Korruptionsbekämpfung ist also von immenser Bedeutung für die Zukunft der AKP-Staaten und, angesichts der hohen finanziellen Leistungen der EU im Rahmen der Entwicklungshilfe, auch für die europäische Seite wichtig.

EU-Russland-Beziehungen:

Ringen um neue strategische Partnerschaft

Die EU und Russland ringen derzeit um ein neues strategisches Partnerschaftsabkommen. Wir brauchen diese strategische Partnerschaft - die Einbindung Russlands ist für die politische und wirtschaftliche Stabilität in Europa unabdingbar. Weder politische Krisen wie Iran und der Nahe Osten, noch die Energiefragen und Streitigkeiten um neue Pipelines sind ohne Kooperation mit Russland zu lösen.

Gleichzeitig ist das Verhältnis der EU zu Russland jedoch so angespannt, wie schon lange nicht mehr. Gerade in den Fragen Energiesicherheit, US-Raketenabwehrsystem, Menschenrechte, Pressefreiheit und Demokratie gibt es auf beiden Seiten ganz offenkundig unterschiedliche Auffassungen. Mit Sorge beobachtet das Europäische Parlament, wie sich Russland wieder in ein autoritär regiertes Land zurück verwandelt.

In den vergangenen Monaten schien die Lage gar zu eskalieren: Die Belagerung und die Übergriffe auf die estnische Botschaft in Mos-

kau, die von der russischen Botschaft in Tallinn mit inszenierten Krawalle anlässlich der Verlagerung eines Denkmals in Tallinn, sowie die Blockade polnischer Fleischimporte nach Russland werfen einen langen Schatten auf das Verhältnis und die Verhandlungen über die geplante Partnerschaft. Vor diesem Hintergrund ist es besonders wichtig, dass die EU geschlossen auftritt und sich nicht auseinander dividieren lässt. Glücklicherweise ist der russischen Regierung dies weder in der Estland-Frage noch bei dem anhaltenden Streit um polnische Fleischimporte gelungen. Solidarität mit Mitgliedsstaaten gegenüber Drittstaaten muss ein wesentliches Prinzip der Zusammenarbeit innerhalb der EU bleiben.

Ausdrücklich zu begrüßen ist auch, dass die deutsche Ratspräsidentschaft beim Thema Menschen- und Bürgerrechte auf dem EU-Russland-Gipfel in Samara deutliche Worte gefunden hat. Die Politik des inzwischen in russischen Diensten stehenden früheren Bundeskanzlers ist Vergangenheit.

Neben der Notwendigkeit klarer Worte in diesen Angelegenheiten gibt es aber auch zur Neuaufgabe der strategischen Partnerschaft keine Alternative. Keine der beiden Seiten will eine dauerhafte Verschlechterung des Verhältnisses, weil wir insbesondere in wirtschaftlichen Fragen stark aufeinander angewiesen sind. Aber auch im Bereich Sicherheitspolitik sollten wir die gemeinsamen Interessen herausarbeiten. Der Vorschlag von Präsident Putin auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm, eine Radarstation gemeinsam in Aserbaidschan zu betreiben, sollte deshalb ernsthaft geprüft werden.



Gute Neuigkeiten für den Sommerurlaub:

EU senkt Roaming-Tarife

Viele von uns haben sich schon über die unverschämte teuren Roaming-Tarife der Netzbetreiber geärgert. (Fast) pünktlich zum Sommerurlaub hat die EU nun gute Nachrichten für den Verbraucher: Mobilfunkgespräche im Ausland werden wohl noch im Lauf der Sommerpause günstiger:

Der Ministerrat stimmte am 7. Juni einer vom Europäischen Parlament verabschiedeten neuen EU-Verordnung zu, die erstmals Mobilfunkbetreiber gesetzlich zu niedrigeren Gesprächspreisen verpflichtet.

In Kürze wird ein verpflichtender Euro-Tarif zum Standard für Telefonate im Ausland. Dieser gilt in allen 27

EU-Staaten und legt eine Obergrenze für die Minutenpreise fest, die zudem im Verlauf von drei Jahren schrittweise sinkt. Demnach darf der teuerste Tarif im ersten Jahr für abgehende (d.h. selbst getätigte) Anrufe im ersten Jahr 49, im zweiten Jahr 46 und im dritten Jahr 43 Cent zuzüglich Mehrwertsteuer nicht überschreiten. Für ankommende (d.h. im Ausland angenommene) An-

rufe wird die Obergrenze bei 24, 22 und 19 Cent zuzüglich Mehrwertsteuer liegen. Heute liegt der durchschnittliche Preis bei 1,15 Euro.

Die Laufzeit der EU-Regelung ist auf drei Jahre begrenzt. Dann wird die EU prüfen, wie sich der Markt entwickelt hat. Im Idealfall kann der Gesetzgeber die Regulierung dann abschaffen, weil der Wettbewerb funktioniert.



Illegale Zuwanderung

Richtlinienvorschlag der Kommission

Einem neuen Richtlinien-vorschlag zufolge will die EU künftig das Problem der Beschäftigung von illegalen Zuwanderern in der EU angehen. Der Vorschlag sieht Sanktionen gegen Arbeitgeber vor, die Menschen illegal

beschäftigen und ist Teil des globalen migrationspolitischen Ansatzes der EU, der auf die Förderung legaler Zuwanderung und die Bekämpfung illegaler Migration in Zusammenarbeit mit Drittländern abzielt.

Neuesten Schätzungen zufolge halten sich derzeit zwischen 4,5 und 8 Millionen Menschen illegal in der EU auf. Die von Schwarzarbeit am meisten betroffenen Wirtschaftszweige sind das Baugewerbe und die Landwirtschaft.

EU-Mini-Chefs für gesunde Küche

Initiative zur Bekämpfung der Fettleibigkeit

Die Europäische Kommission und „Eurotoques International“, die Vereinigung europäischer Spitzenköche, haben gemeinsam die Webseite „EU Mini-Chefs“ ins Leben gerufen. Damit soll Kindern gezeigt werden, dass eine gesunde Ernährung und deren Zubereitung auch Spaß machen kann. Hintergrund dieser Initiative ist der Kampf gegen Fettlei-

bigkeit bei Kindern. Auf der Website sind darüber hinaus weitere Informationen über die Teilnahme an einem Malwettbewerb für das Plakat für die Kam-



Das alles unter:
<http://eu.mini-chefs.eu>

Europa und der Zuckerhut

Vorschlag für eine strategische Partnerschaft EU-Brasilien vorgelegt



Unter portugiesischer Ratspräsidentschaft, die der Bundesregierung Ende Juni im Ratsvorsitz turnusgemäß folgen wird, wird Anfang Juli das erste EU-Brasilien Gipfeltreffen stattfinden. Die Kommission hat in Hinblick darauf vorgeschlagen, mit dem südamerikanischen Land

eine strategische Partnerschaft einzugehen. Die Zusammenarbeit soll dadurch in einer Vielzahl an Bereichen vertieft werden, darunter die Stärkung des Multilateralismus zur Reform des UN-Systems und zum besseren Schutz der Menschenrechte. Auf den Feldern Armutsbekämpfung, Umweltschutz und Energie, sowie in bilateralen Handels- und Finanzfragen soll ebenfalls eng kooperiert werden.

Die Kommission verspricht sich durch die Partner-

schaft darüber hinaus neue Impulse für ein Abkommen zwischen der EU und dem südamerikanischen Binnenmarkt MERCOSUR.

Brasilien nimmt eine wachsende weltpolitische Stellung ein und ist für die EU der wichtigste Markt in Lateinamerika.



Mehr Geld für Wachstum und Beschäftigung

Der Haushaltsentwurf für 2008

Laut Haushaltsvorentwurf der Europäischen Kommission soll der größte Anteil (44,2 Prozent) der EU-Ausgaben im Jahr 2008 auf Wachstum und Beschäftigung entfallen. Insgesamt soll damit 57,2 Milliarden Euro zur Unterstützung der Lissabon-Strategie zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung fließen. Das sind rund 2,3 Milliarden mehr als im Vorjahr. Dies geht aus dem Haushaltsvorentwurf (HVE) der Europäischen Kommission von Anfang Mai hervor. Danach werden die Forschungsaus-

gaben um etwa 11 Prozent steigen, die Ausgaben für die Programme für lebenslanges Lernen um knapp 9 Prozent.

Die neue Budgetierung ist für Haushaltskenner eine kleine Sensation: Bislang waren immer die Ressorts Landwirtschaft und natürliche Ressourcen größter Haushaltspunkt. Dem Entwurf zufolge fielen hierauf einschließlich der Gemeinsamen Agrarpolitik nur noch 43,6 Prozent der Mittel. Im Vergleich zum Jahr 2007 ist bei den so genann-

ten Verpflichtungsermächtigungen außerdem eine Erhöhung des Haushaltes um 2 Prozent vorgesehen.

Die Annahme dieses Entwurfs durch die Kommission ist der erste Schritt im Haushaltsverfahren. Das Europäische Parlament und der Rat müssen den vorgelegten Haushaltsplan noch endgültig verabschieden. Geplant ist die Erste Lesung im Parlament für Oktober, im Dezember folgt dann die endgültige Feststellung des EU-Haushaltsplans.

EU kämpft für besseren Schutz der Kinderrechte

Forum für die Rechte des Kindes einberufen



Ein Fünftel der europäischen

Bevölkerung sind Kinder. Um ihre Rechte besser zu schützen, hatte die EU bereits im Juli 2006 eine Kinderrechtsstrategie angekündigt.

Als weiterer Schritt haben die deutsche Ratspräsidentschaft

und die Europäische Kommission ein Forum für die Rechte des Kindes einberufen. Zentrale Themen sind der Kampf gegen Kinderpornographie und die Beteiligung von Kindern an Entscheidungsprozessen. Dem Forum gehören die EU-Mitgliedsstaaten, die UNO, das Europäische Parlament, der Europarat, Interpol, UNICEF, ChildONEurope, sowie Kinder an.

IMPRESSUM

Michael Gahler

Europäisches Parlament
ASP 10 E 217

B-1047 Brüssel

Tel.: 0032-2-284 59 77

Fax: 0032-2-284 99 77

E-Mail: michael.gahler@europarl.europa.eu

europarl.europa.eu

Regionalbüro Süd- und Westhessen

Am Marktplatz 19

D-64521 Groß-Gerau

Tel.: 06152-93 25 94

Fax: 06152-93 25 93